

Die Erneuerung des Dreibundes.

Die jetzt zu gleicher Zeit in Wien und Berlin bekannt gegebene Erneuerung des Dreibundes hat in der europäischen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Es fehlt nicht an Stimmen, die rund heraus erklären, nicht die Tatsache der Erneuerung, wohl aber die Art der Ankündigung sei eine kriegerische Fanfare. Vielleicht ist es gut, den Schreibern den Wortlaut dieses Vertrages ins Gedächtnis zu rufen, wenigstens soweit das Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in Betracht kommt. Die diesbezüglichen Bestimmungen lauten:

Sollte wider Verhoffen und gegen den ausdrücklichen Wunsch der beiden hohen Kontrahenten eines der beiden Reiche von Seiten Russlands angegriffen werden, so sind die hohen Kontrahenten verpflichtet, einander mit der gesamten Kriegsmacht ihrer Reiche beizustehen und dem gemäß den Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Würde Einer der hohen Kontrahierenden Teile von einer andern Macht angegriffen werden, so verpflichtet sich hiermit der andre hohe Kontrahent, dem Angreifer gegen seinen hohen Verbündeten, nicht nur nicht beizustehen, sondern mindestens eine wohlwollende neutrale Haltung gegen den hohen Kontrahenten zu bewahren.

Wenn jedoch in solchem Falle die angreifende Macht von Seiten Russlands, sei es in Form einer Vereinigung, sei es durch militärische Maßnahmen, die den Angegriffenen bedrohen, unterläßt werden sollte, so tritt die im Artikel I dieses Vertrages festgesetzte Verpflichtung des gegenseitigen Beistandes mit voller Heeresmacht auch in diesem Falle sofort in Kraft, und die Kriegsführung der beiden hohen Kontrahenten wird auch dann eine gemeinsame bis zum gemeinsamen Friedensschlus.

Keine Deuterei vermag aus diesen klaren Bestimmungen Angriffsabsichten herauszulesen; wenn also die beiden Regierungen der Welt die Erneuerung ihres Vertrages bekannt geben, so kann sie nur die Absicht leiten, vor aller Welt zu betonen, daß dieses Friedensbündnis auch jetzt aufrecht erhalten bleibt, trotz des kriegerischen Arms, der in diesen Tagen immer wieder durch Europa schallt. In diesem Sinne schreibt denn auch „Giornale d'Italia“: Die vorzeitige Erneuerung des Dreibundes zeigt, daß die drei Mächte das gegenwärtige europäische Gleichgewicht und den Frieden, um den sich der Dreibund ohne Zweifel wohl verdient gemacht hat, aufrechterhalten und einträchtig an die Lösung der Orientfrage herantreten wollen. Man läßt im Ausland unrecht daran, die Erneuerung als Herausforderung einer Mächtegruppe an die andre zu deuten. Italien kann nicht umhin, seine durchaus friedliche auswärtige Politik fortzusetzen, eine Politik des Gleichgewichts zwischen den Bündnissen und Freundschaften.

Besonders bemerkenswert ist die Ruhe und korrekte Haltung, die die englische Presse in ihrer überwiegenden Mehrheit gegenüber den französischen durchaus nicht vereingelten Setzversuchen bemerkt. Ausdrücklich heißt z. B. der „Standard“ hervor, es wäre unmöglich, einen Grund zu finden, um Deutschland, Österreich und Italien nicht zur Erneuerung des Dreibundes Glück zu wünschen. In dem Vertrage ist keine Änderung gemacht worden; er bleibt demnach ein Abkommen für die Verteidigung. Als solches ist es 30 Jahre hindurch wirksam gewesen, nicht als eine Bedrohung, sondern als eine Stütze des europäischen Friedens. Wir müssen hoffen, daß seine Wirksamkeit in den Jahren, für die es verlängert worden ist, ebenso lehrreich sein werde.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Beratungen der Finanzminister der Bundesstaaten über die Budgetvorlage werden am 4. Januar beginnen und drei bis vier Tage dauern.

Der Sturm bricht los.

Historische Novelle von A. Lindner.

(Fortsetzung)

17.

Wir stehen in der ersten Hälfte des Februars 1813 und sind wieder in Königsberg. In den schneebedeckten Straßen sah man ein reges Leben; offenbar viele Männer, die nicht zur Bürgergarde der Stadt, sondern zum Stande der Landbesitzer und Beamten aus andern Bezirken gehörten. Auch vielerlei Bauernvögel trieb sich durcheinander, die wenigen Bänder der ostpreussischen Hauptstadt antaunend. Alle großen und kleinen Galtböden waren mit Fahrwerk, das aus dem Lande hierhergekömmt war, überfüllt. Aber die Menschenmasse zeigte einen merkwürdigen Eindruck. Von Lärm und ausgelassener Lust, wie sie bei Messen und Volksfesten zu finden, war keine Rede. Im Gegenteil lag eine feierliche Spannung auf den Gesichtern, wie eine Menge sie wohl verraten mag, die sich an einem Wallfahrtsort zusammengefunden hat und eines Wunders gewärtig ist.

Die Bornehmeren dieser Menschen gehörten den preussischen Landständen an, die durch den Freiherren vom Stein mit Hilfe angelegener Patrioten der Provinz nach Königsberg berufen worden waren. Noch stand die Beschlußnahme über das Scharnhorstische Projekt, das heißt über eine allgemeine, in Landwehr und Landsturm bestehende Volksbewaffnung aus, war aber in den nächsten Tagen zu erwarten.

Bei alledem darf aber nicht vergessen

* Aus Monrovia, der Hauptstadt Liberias, wird gemeldet, daß das dort eingetroffene deutsche Kanonenboot „Panther“ einen Teil der aus ihren Plantagen und Besitzungen im Innern Liberias vertriebenen deutschen Pflanzler und Kaufleute vorerst an Bord genommen hat. Es gewinnt mit dieser Meldung den Anschein, daß die Maßnahmen der Kanonenboote „Panther“ und „Eber“ gegen den Regierstaat an der westafrikanischen Küste noch nicht beendet sind.

Osterreich-Ungarn.

* Aufsehen in politischen und militärischen Kreisen Wiens erregt die Nachricht, daß der Kriegsminister General v. Ruffenberg Kaiser Franz Joseph seine Abdankung überreicht und der Kaiser diese angenommen hat. Zu seinem Nachfolger ist der Sektionschef im Kriegsministerium, Feldzeugmeister Krobatin, ernannt worden. Der Rücktritt des Generals v. Ruffenberg erfolgte aus persönlichen Gründen, angeblich wegen eines Konflikts mit dem Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand bezüglich der Mobilisation. Gleichzeitig erfolgte auch der Rücktritt des Chefs des Generalstabes Schemua von seinem Amt, dessen Stellung Schemuas Vorgänger, Armeinspeltzer Hr. Konrad v. Höbenhorst, wieder übernimmt. Über den Grund zu diesem Personenwechsel verläutet, in militärischen Kreisen habe schon lange der Wunsch bestanden, daß an die Spitze des Generalstabes eine Persönlichkeit treten sollte, die sich des Ansehens und der Autorität erfreue, wie sie Konrad v. Höbenhorst genossen habe. Feldmarschalleutnant Schemua tritt in den Ruhestand, während General v. Ruffenberg an Stelle Konrad v. Höbenhorst zum Armeinspeltzer ernannt wird. — Im Gegensatz zu mancherlei alarmierenden Gerüchten, erklärt die Wiener Regierung, daß dieser Wechsel durchaus nicht auf eine Verschärfung des Konflikts mit Serbien deute. Es sei vielmehr eine Entspannung eingetreten, da sonst kein Wechsel in den leitenden Stellen vorgenommen worden wäre.

Balkanstaaten.

* König Karol hat das rumänische Parlament mit einer Thronrede eröffnet, die mit Rücksicht auf die Umgestaltung auf dem Balkan mit großer Spannung erwartet worden ist. Der König wies auf Rumaniens friedliche Absichten hin, betonte aber, daß die Interessen des Landes bei der bevorstehenden Neugestaltung nicht vernachlässigt werden dürften. Mit nicht mühevoller Deutlichkeit schloß der König mit dem Hinweis auf die Tapferkeit der Armee, die jederzeit bereit sei, für die Größe des Vaterlandes einzutreten.

* Der heldenmütige Verteidiger von Slutari, Hassan Riga, hat erklärt, er könne die ihm durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Cetinje gemachte Mitteilung vom Waffenstillstand nicht als eine amtliche Nachricht seiner Regierung betrachten und werde daher weiter kämpfen. Demgemäß dauere der Kampf um Slutari unvermindert fort. Die Türken machen täglich Ausfallversuche. — Auch die griechisch-türkischen Kämpfe dauern an. Bei Salopoli wurden griechische Truppen, die auf dem March gegen die Dardanellenbeseitigungen begriffen waren, von den Türken zurückgeschlagen. — Ein eigenartiges Bild, dieser Krieg während des Waffenstillstandes.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Montag zunächst in dritter Lesung das Gesetz über den Zusammenschluß von Schiffen ohne Erörterung an und legte dann die erste Lesung des Petroleummonopols fest. Abg. Graf Westarp (son.) fand dem Monopol (synthetisch gegenüber, lehnte aber jede Restrukturierung des Petroleum ab. Die Verknüpfung mit der Petroleumförderung sei unzulässig. Abg. Kupp-Marcburg (wirtsch. Bgg.) fand dem Reichsmonopol synthetischer gegenüber als dem Privatmonopol. Abg. Frank (soz.) hielt ein die Restrukturierung des Petroleum ausführendes Reichsmonopol für notwendig. Auch Abg. Lohmann (Welsch) hatte Bedenken gegen die Vorlage, ebenso der Abg. Erzberger (Zentr.), der ein Kartellgesetz gegen alle Privatmonopole forderte. Reichsfinanzminister Rahn verteidigte nochmals die Verwendung der Überschüsse

für die Veteranen. Abg. Marquardt (nat.-lib.) bezeichnete die Überschüsse für die Angehörigen als unzulänglich, während Abg. Trendel (Zentr.) behauptete, daß ein Schatz der Konventionen nicht vorzuziehen sei. Darauf schloß die Aussprache und die Vorlage ging an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Es folgte die Wahlprüfung. Die Wahl des Abg. Bruhn (Reform.) wurde nach kurzer Erörterung für gültig erklärt, während bezüglich der Wahlen der Abg. Herzog (wirtsch. Bgg.) und Kovich (fortsch. Bp.) Weisungsbefugnisse beschlossen wurde.

Am Dienstag wurden zunächst kurze Anfragen behandelt.

Eine Anfrage des Abg. Schiffer (nat.-lib.) wünschti Auskunft darüber, ob noch vor der allgemeinen Reform des Strafrechts ein wirksamer Schutz gegen gefesselte Verbrecher geplant ist. Staatssekretär Bischoff antwortete, daß in dem neuen Strafgesetzbuch angeordnete Maßnahmen nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuchs behandelt werden können.

Abg. Fejrenbach (Str.) wünschti Auskunft über das Verbot von Jesuitenordnungen in Freiburg i. Br., das im Widerspruch mit den bisherigen Erklärungen des Reichsfinanzministers steht.

Staatssekretär Bischoff erklärte, daß der Reichsfinanzminister die baltische Regierung um Auskunft darüber erlucht hat.

Es folgt die freisinnige Interpellation über die Koalitionsfreiheit der Staatsarbeiter. Abg. Müller-Welmingen (fortsch. Bp.) begründet die Interpellation. Ein typisches Beispiel, wie das Vereinsrecht und die Koalitionsfreiheit umgangen werden, bietet das Vorgehen gegen den Militärarbeiterverband. Dadurch wird bloß der letzte Militärarbeiter der Sozialdemokratie in die Arme getrieben. Wir müssen alle Angriffe auf das Koalitionsrecht energisch zurückweisen. Es muß gegen die vorgegangenen werden, die die Rechte der Arbeiter einschränken. Gewiß dürfen Arme und Dienstmädchen durch einen Streik nicht lahmgelegt werden. Aber ein gewisses Maß von Selbstverwaltung müssen Arbeiter dieser Einrichtungen haben. Redner wendet sich gegen die Engländer.

Staatssekretär Delbrück: Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Gesetzesbestimmungen erheblich überschätzt werden, und darin liegt die Quelle der Klagen. In keinem Gesetz ist eine Erörterung über das Koalitionsrecht vorhanden. Also muß die Quelle wo anders liegen. Die Vereinsfreiheit bedarf der Reglementierung im eigenen Interesse derer, die sich des Rechts bedienen wollen. Jede Freiheit hat ihre natürlichen Grenzen. Der Beamte, der in den Dienst des Staates tritt, unterwirft sich gewissen Beschränkungen. Selbstverständlich genießt der Beamte Vereins- und Versammlungsfreiheit und alle übrigen bürgerlichen Rechte. Aber der Staat ist berechtigt und verpflichtet, diese Rechte soweit zu beschränken, als es im Interesse des Staates liegt. Der Staat ist auch in der Lage, das Recht seiner Arbeiter so weit zu beschränken, als es

Im Interesse der Betriebe

liegt. Er kann diese Beschränkung eintreten lassen in allen Betrieben der Heeres- und Marineverwaltung, wo deren Schlagfertigkeit gefährdet ist. Auch insoweit, wenn die Verletzung des Vereins- und Koalitionsrechts den Zweden des Staates zumwiderläuft. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß der Staat berechtigt ist, die Koalitions- und Versammlungsfreiheit zu beschränken, soweit es nötig ist, um die Staatseinrichtungen Schlagfertig und leistungsfähig für die Aufgaben des Staates zu erhalten. Dem umspritten Erlass des Kriegsministeriums ist allseitig zugestimmt worden. Und wenn das Haupt einer anerkannten Kirchengemeinde Kalkülagabe gibt, wie sich ihre Anhänger in Fragen des Koalitionsrechts zu verhalten haben, so wird dagegen ein Vorwurf nicht erhoben werden können. Jermal dann nicht, wenn derartige Ausführungen in Form von Rathschlägen gegeben werden und solange diese nicht zurückgelehnt werden in einer Form, die dem Gehegen zumwiderläuft. Die Engländer hat zu keinem rechtswidrigen Eingriff aufgefordert.

Preuss. Kriegsminister Hr. v. Heeringen: Der Militärarbeiterverband hat lange Zeit eine maßlose Agitation

geführt. Einzelne delinquente Vorgänge sind in gehässiger Weise aufgeschaukelt worden. Dagegen mußten wir einschreiten. Die Kritik muß sich doch auf wahre Tatsachen aufbauen. Der Militärarbeiterverband hat die Freiheit der Kritik auf schwerste Mißbrauch. Der Erlass richtet sich in keiner Weise gegen das Koalitions- und Vereinsrecht. An den bisherigen Grundrissen hält die Heeresverwaltung feste.

Nach einer Erklärung des bayerischen Militär-Benoamächtigten Oberst Benningger, daß man in Bayern, ehe man Maßregeln ergreift, die Wirkung des preussischen Erlasses abwarten wolle, folgt die Besprechung der Interpellation.

Abg. Bauer (soz.): Die Sozialdemokratie muß

wieder einmal das Recht der Staatsarbeiter verteidigen. Inzuzurechnen ist die durch Stockrägel auf den Klagen nicht einwirkende, aber nicht beteiligten. Die Arbeitervereine, die den Bericht auf das Streikrecht be- und wehmütig veröffentlichen, geben sich selbst auf, denn sie verzichten auf jedes wahre Koalitionsrecht. Die Wahrung der Rechte der freien Persönlichkeit wirkt aufreißender als die Rede eines Redners. Das Koalitionsrecht ist letzten Endes eine Nachfrage.

Abg. Schirmer (Zentr.): Es ist zuzugeden, daß die Behörden den Arbeitervereineorganisationen nicht immer gerecht gegenüberstehen. Aber die Ursache ist der von den Fortschrittlichen und Sozialdemokraten in die Arbeitereile getragene Radikalismus. Wir wünschten eine unabhängige Arbeiterbewegung unter den Staatsarbeitern zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Wollen wir Schutz des Koalitionsrechts, so gehen wir nicht zu den Klagen, da haben wir viel mehr Vertrauen zu unsern Regierungen.

Das Haus verlegt sich.

Zur Verhaftung des Bankdiebes Bruning.

Der jetzt in Winnipeg (Kanada) verhaftete Bankräuber Bruning hatte in jedem seiner diffizen Briefe seinen Verwandten große Vorsicht angeraten, diese Vorsicht hat er aber selbst im Übermut einmal außer acht gelassen, und das sollte ihm zum Verderben werden. Er hatte am 30. Oktober aus Hoboken, New Jersey datierte Karte einem andern Angestellten der Dresdner Bank gefandt, der sie am 11. November erhielt. Auf dieser Karte schrieb Bruning ironisch, daß er eine gute Erfahrung gehabt und sich dabei sehr wohl fühle. Nachdem durch die Schriftsachverständigen festgestellt war, daß die Karte von Bruning selbst geschrieben war, wurde sie der Behörde über-

einige Tage, nachdem die Photographie an die Postämter verandt war, lief in Osnabrück ein postlagernder Brief aus Amerika ein. Dem lottierenden Beamten fiel es auf, daß ein aus Amerika gefandter Brief postlagernd gefandt wurde. Er verglich die Handschrift des Briefes mit der Photographie und stellte fest, daß die Schrift übereinstimmte. Nun verständigte er seine Vorgesetzten, und diese übergaben den Brief dem Untersuchungsrichter.

Nach Öffnung stellte man fest, daß der Brief in Geheimschrift abgefakt war; er wurde kopiert und dann wieder in das Postfach gelegt. Schon wenige Stunden später wurde er von Halle abgeholt. Inzwischen machte man sich an die Entzifferung des Briefes und hielt nun den ersten Beweis in Händen. Die Entzifferung wurde in den späteren Briefen meilentlich dadurch erleichtert, daß Bruning jeden Brief mit „Lieber Wilhelm“ anfang. Die Geheimschrift bestand zumest in Ziffern, und in den obigen Worten waren schon so viele Ziffern enthalten, daß die Beamten verhältnismäßig leicht das übrige feststellen konnten.

Aber den zugleich mit Bruning verhafteten Berman, dessen sich der Bankdieb bei seinem Briefverkehr mit den Verwandten als Mittelsperson bediente, wird aus Osnabrück berichtet: Der von hier vor zwei Jahren flüchtig gewordene Stillschreiber Berman, der in den Verdacht geraten ist, ein Genosse von Bruning zu sein, heißt richtig Hermann Heinrich Berman und ist geboren zu Osnabrück am 23. November 1855. Seine Ehefrau hatte im September vorigen Jahres zuletzt einen Brief von ihm erhalten. Er ersuchte sie damals, in eine Eheheftung zu willigen, da er die Absicht hätte, nach Nordamerika auszuwandern. Die in kümmerlichen Verhältnissen lebende Frau hat ihn schließlich zurückzulehnen, erhielt aber hierauf keine Antwort mehr. Von einer früheren Bekanntschaft ihres Mannes mit Bruning weiß die Frau nichts.

Auch das schöne Armband von lauterem Golde. „Fort damit!“ rief Gise. „Wir brauchen kein Gold mehr, wir brauchen Eisen!“ Abermals fiel ein Gegenstand zum Opfer. „Was?“ schrie Käthe sehr laut auf. „Auch die schönen Ohrringe, die deiner seligen Mutter gehört haben?“ Gise richtete den Kopf auf und schob den obersten Kasten zu. „Wärdn mir,“ sagte sie, während eine sonderbare Glut in ihrem Auge flammte, „die Borwürfe meiner Mutter bedeuten, so oft ich sie funkeln sehe. Weißt du nicht, daß die Königin Luise einst ihren Gedächtnis zum Altar des Volkes trug? Und wenn sie ein Unrecht beging, so trägt sie die Krone des Himmels dafür. Kein deutsches Mädchen darf sich wieder schmücken, so lange noch ein Feind auf deutscher Erde steht.“ „Ja, sag mir nur,“ meinte Käthe, „wer eigentlich dieser Feind ist. Alle Welt erzehrt, kein Mann nimmt sich mehr die Zeit zum Essen, gleich ist er wieder draußen und schwingt den Säbel, und weiß keiner, gegen wen es geht. Du bist doch sonst nicht so dumm, Gise, weißt du nicht, ob es den Russen oder den Franzosen gilt?“

„Ich weiß es, Käthe, und jeder weiß es, wenn sich auch der König noch nicht erklärt hat. Denn er ist es noch nicht in der Lage. Aber vielleicht in wenigen Tagen. Es gibt Krieg. Was ist weiter zu wissen nötig?“

Käthe trat ganz nahe an Gise heran. „Gise, sag mal, ist es denn wahr, daß der General York ein Verräter ist?“

„Ach du Gott!“ seufzte diese mehr als sie

angigen Mienen — wie manchmal hatte er wenigstens einen Strumpf von einem barmherzigen Feinde zugeworfen bekommen oder ein Stück verschimmelten Brotes, das er mit Heißhunger hineinschlank. Jetzt aber auch das nicht mehr.

Die Strümpfe trug man nach dem Rathaus ins Depot für die auszurückende Landwehr. An den durch die Stadt wandelnden Nachzügler lehnte sich niemand mehr. In der Not hat man ein Auge für die Not. Wenn aber die Hoffnung wieder einzieht in die Herzen, so reißt sie weit über die Spuren der Gegenwart nach der rosen Zukunft hin, und in solchen Tagen nehmen die Menschen leicht den Schein der Selbstsucht und Gefühllosigkeit für fremde Not an. Aber nur den Schein. Die Menschen haben nicht Zeit zum Erbarmen, dazu ist der himmelstürmende Trieb der jungen Hoffnung und die Begeisterung für etwas, was kommen soll, viel zu mächtig.

18.

Wir befinden uns wieder in Delbrücks Hause, aber nicht in dem Zimmer, wo unsre Erzählung begann, sondern im sogenannten Puhzimmer.

Vor einer Kommode, deren Kästen aufgezogen sind, steht Gise, den Inhalt derselben umstarrt und zum Teil auf den Boden werfend. Käthe steht neben ihr, die ausgelebten Sachen in ihre Schürze annehmend.

Soeben warf Gise abermals einen Gegenstand in die Schürze Käthes.

„Ach du Gott!“ seufzte diese mehr als sie